

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 7 (1927-1928)
Heft: 7

Artikel: Industriefrieden in Grossbritannien?
Autor: Walter, Ernst
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-329668>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

des Proporzgedankens war damals in der Hauptsache der regen Arbeit der Sozialdemokraten zu verdanken. 1920 wurde über eine sozialdemokratische Initiative zur Einführung des Großratsproporzes abgestimmt. Auch diese Initiative wurde angenommen, ebenso das dazu gehörende Ausführungsgegesetz im Jahre 1921.

Die vorstehenden Ausführungen zeigen, wie man im Kanton Aargau jahrzehntelang kämpfen mußte, bis das an den Grundbesitz gebundene aktive Wahlrecht von diesen Fesseln befreit war. Jahrzehntelang brauchte man, um das Zensuswahlrecht bei der Wählbarkeit zu beseitigen. Jahrzehntelang galt der Grundsatz der Parität als notwendig, um auf konfessionellem Gebiete einen gewissen Ausgleich herbeizuführen. In den letzten Jahrzehnten sind dann die Kämpfe um eine gerechte Vertretung der Parteien, insbesondere der Sozialdemokratie, geführt worden. Es waren die Volksbegehren zur Einführung des Proporzes, um die gekämpft wurde. Diese Kämpfe werden heute weitergeführt. Daß sie auf den Widerstand der durch das bisherige Wahlrecht bevorzugten Parteien und Kreise stoßen, ist nur zu begreiflich. Je und je haben auch auf dem Gebiete des Wahlrechtes notwendige Neuerungen erkämpft werden müssen. Ein deutliches Beispiel dafür, daß diese Auseinandersetzungen unter Umständen mit Gewalt entschieden werden mußten, beweisen die Vorgänge des Jahres 1830.

Wenn man bedenkt, daß in einem Zeitraum von 130 Jahren das Wahlrecht so verschiedenartige Wandlungen durchgemacht hat, daß es fortwährend verbessert und vervollkommenet wurde, dann wird man bei einer objektiven Betrachtung zur Einsicht kommen, daß das heute Bestehende nicht absolut gut ist, weil es besteht, sondern daß Besseres an seine Stelle gesetzt werden kann und gesetzt werden muß. Um etwas Besseres kämpft in diesem Momente die aargauische Sozialdemokratie, indem sie durch eine Initiative den Regierungsratsproporz einführen will. Es ist zweifellos, daß dieses Wahlverfahren, das heute schon für den Großen Rat gilt, in der Zukunft auch für andere Behörden Geltung erlangen wird. Allem Anscheine nach werden aber die bürgerlichen Parteien diese Weiterentwicklung des Wahlrechtes hindern wollen. Deshalb müssen wohl alle Neuerungen jetzt und auch in der Zukunft erkämpft werden.

Industriefrieden in Großbritannien?

Von Ernst Walter.

Friedensverhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern, zwischen Arbeitern und Kapitalisten? Jetzt und in Großbritannien und nach allem dem, das die englische Arbeiterschaft in den letzten Jahren der Wirtschaftskrise und der politischen und sozialen Konflikte hat erkämpfen, erleiden und erdulden müssen? Zu was für einem faulen Frieden muß das für die britischen Genossen führen? Ist das nicht Rechtschwenkung,

Defaitismus, schwarzer Verrat? Was ist denn in unsere sonst so wackern englischen Kameraden gefahren? Ungefähr in diesem Tenor lesen sich viele Kommentare der Arbeiterpresse des europäischen Festlandes über die „Friedenskonferenz“ zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften, die am 12. Januar eröffnet wurde.

Was sind die T a t s a c h e n ? Im verflossenen September tagte im schönen Edinburgh der Jahreskongreß der britischen Gewerkschaften. Es wurde damals im Bericht des linksstehenden Präsidenten S i d s und in Reden des Generalsekretärs C i t r i n e der Auffassung Ausdruck gegeben, es liege im Interesse der Gesamtindustrie, daß ein Meinungsaustausch stattfinde zwischen Vertretern der organisierten Arbeiter und Arbeitgeber. Diesem Meinungsaustausch müsse die Absicht zugrunde liegen, eine repräsentative gemeinsame Konferenz einzuberufen, die im Namen der Industrie des Landes sprechen könne. Das war eine indirekte Einladung an den britischen Arbeitgeberverband (National Confederation of Employers Organisations) zur Aufnahme von Waffenstillstandsverhandlungen. Dieser Verband umfaßt Industrien mit zirka sieben Millionen Arbeitern. Der britische Gewerkschaftskongreß ist das oberste Organ von ungefähr vier Millionen Gewerkschaftern. Der Arbeitgeberverband lehnte direkte Verhandlungen mit dem Generalrat der Gewerkschaften ab mit der Begründung, das von den Gewerkschaften verfolgte Ziel lasse sich am zweckmäßigsten durch Unterhandlungen von Verband zu Verband in jeder einzelnen Industrie oder in jedem einzelnen Betrieb erreichen. Damit schien die Anregung des Gewerkschaftskongresses im Sande zu verlaufen.

Da plötzlich trat eine Anzahl einflußreicher Industrieller auf den Plan. An ihrer Spitze steht der ehemalige Minister Sir Alfred M o n d , der umsichtige Präsident des britischen Chemietrusts (Imperial Chemical Industries Ltd.). Das ist der größte Industriefonzern in Großbritannien. Ferner gehören dem Komitee an der bekannte Finanzsachverständige Sir Josiah S t a m p , Präsident der London, Midland und Scottish Eisenbahngesellschaft, Sir Robert H a d f i e l d , der Stahlkönig von Sheffield, und andere Großindustrielle. In einem Brief an den Generalrat des Gewerkschaftskongresses luden sie zu einer Besprechung ein. Der Generalrat hat die Einladung angenommen, und die Konferenz wurde am 12. Januar dieses Jahres in London eröffnet. Von den Industriellen sind 27 zur Eröffnungssitzung erschienen und vom Generalrat der Gewerkschaften 29, darunter der Bergarbeitersekretär C o o k , der für diese Verhandlungen nur Spott und Galle übrig hat. Sir Alfred M o n d und Ben T u r n e r , Präsident des Gewerkschaftskongresses, übernehmen abwechselungsweise die Leitung der Verhandlungen. Als hauptsächlichste Verhandlungsgegenstände sind bezeichnet worden:

Der Einfluß der Steuergesetzgebung auf die Entwicklung der Industrie.
Untersuchung der Ursachen von Arbeitskonflikten und Mittel zu deren Beseitigung.

Interessengemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitern auf der Grundlage finanzieller und leitender Mitbeteiligung der Arbeiter.
Schaffung einer bleibenden Körperschaft, die es Arbeitgebern und

Arbeitnehmern erlaubt, in gemeinsamer Konferenz Industriefragen zu besprechen.

Wie man sieht, handelt es sich hier nicht nur um gewohnte Verhandlungen von Unternehmern und Gewerkschaftern während Arbeitskonflikten. Es geht um eine Verständigung auf ein Programm, das für Jahre hinaus den „Industriefrieden“ gewährleisten soll. Wie dieser „Industriefrieden“ in Wirklichkeit aussehen soll, das hat Sir Alfred Mond selber in einem interessanten Artikel niedergeschrieben, der in der sehr umfangreichen Industrial Relations = Sonderausgabe des „Manchester Guardian“ vom 30. November vergangenen Jahres erschienen ist. Seit der Eröffnungssitzung hat keine Tagung mehr stattgefunden. Die Verhandlungen dürften nach der Rückkehr von Sir Alfred Mond aus Palästina, wohin er eine Inspektionsreise unternommen hat, aufgenommen werden. Es wurde aber gleich bei der Eröffnung deutlich erklärt, daß die beteiligten Unternehmer nur in ihrer individuellen Verantwortung teilnehmen und nicht als Vertreter von Arbeitgeberorganisationen. Auch der Generalrat des Gewerkschaftskongresses hat keine Kompetenz, verbindlichen Beschlüssen zuzustimmen. Die Konferenz hat also nur informativen Charakter, und darum wird man ihr hüben und drüben keine allzu große Bedeutung beimessen. Aber symptomatisch sind diese Verhandlungen doch, und ohne einen gewissen Einfluß werden sie nicht bleiben.

Was liegt dieser Konferenz zugrunde? Was sind ihre Beweggründe? Mit einem Wort: die bedenkliche Lage, in welcher sich viele, und zwar lebenswichtige Industrien Großbritanniens befinden. Es ist bekannt, in welche erschütternde Krise die britische Wirtschaft durch den Krieg gekommen ist. Besonders betroffen wurden die Metallindustrien, der Schiffbau, die Textilindustrie und dann vor allem der Bergbau. Absatzmärkte sind verlorengegangen; die treibhausmäßig gezüchteten Kriegsindustrien haben sich nur langsam auf Friedensproduktion umgestellt; oft haben sich die Bedürfnisse der Konsumenten geändert; der große Revolutionär, die Technik, hat vieles der bisherigen Maschinerie und Apparatur entwertet oder gar zum alten Eisen geworfen; neue und scharfe Konkurrenten sind aufgetreten; die enormen finanziellen Kriegslasten verteuern die Produktion — alles das zusammen hat der englischen Wirtschaft arg zugesetzt. Die vielen Arbeitskonflikte — in den letzten fünf Jahren sind über 200 Millionen Arbeitstage durch Streiks und Aussperrungen verlorengegangen, das heißt 2½mal mehr als in der Periode 1909 bis 1913 und neunmal mehr als in den Jahren 1904 bis 1908 — die lange Bergarbeiteraussperrung und der große Generalstreik im Mai 1926 sind nur die Folgen dieser chronischen Wirtschaftskrise gewesen. England muß neue Wege gehen, muß moderne Methoden anwenden, muß sich der neuen Zeit anpassen, will es seinen Platz als eines der ersten Industrieländer behaupten. Diese Auffassung bricht sich immer mehr Bahn, aber es wird den Engländern oft furchtbar schwer, in der Praxis die richtigen Wege zu gehen und solange es Zeit ist. Die Briten, besonders die Industriellen und die Handelsleute,

sind immer noch allzusehr Individualisten und konservativ. Sie leben in den Vorstellungen und arbeiten noch mit den Werkzeugen derjenigen Epoche der kapitalistischen Entwicklung, wo old England, gestützt auf Kohle, Dampf und Einzelbetrieb, die Werkstatt der Welt war, und sie haben sich noch nicht der neuen Epoche angepasst, wo Elektrizität und Chemie in der Großwirtschaft eine wichtige Rolle spielen. Es bleibt den Engländern, wie allen andern Industrievölkern nichts anderes übrig als die Rationalisierung: Angewandte Wissenschaft in Technik und kaufmännischer und finanzieller Organisation, mit dem Ziele, die Produktion zu erhöhen und zu verbilligen. Sir Alfred Mond und andere Industrieführer haben das eingesehen. Sie wissen aber auch, daß die Rationalisierung in England nicht ohne oder gar gegen die Arbeiterschaft durchgeführt werden kann. Die Gewerkschaften für die Rationalisierung zu gewinnen und mit ihrer Hilfe durchzuführen, das ist wohl der Hauptgedanke, der die Industrieführer an den Konferenzen mit den Gewerkschaften geführt hat. Viele Industrien bleiben konkurrenzunfähig und können auch den Arbeitern keine menschenwürdigen Arbeitsbedingungen gewähren, solange sie nicht rationalisiert sind. Den besten Beweis dafür liefert ja der englische Bergbau. Ähnlich steht es mit der Metall- und Textilindustrie. Die englische Arbeiterschaft läßt sich auf die Dauer nicht auf dem gegenwärtigen niedern Lebensniveau halten. Dazu ist sie als politischer Faktor schon zu stark geworden. Ohne daß auch die Arbeiterschaft Vorteile davon trägt, ist die Rationalisierung in Großbritannien nicht denkbar.

Was wollen die Industriellen (zum Beispiel Sir Mond) den Arbeitern an Vorteilen bieten? Erhöhte Löhne, bleibender Verdienst, kürzere Arbeitszeit, Gewinnbeteiligung, beschränkte Beteiligung auch an der Leitung und Anerkennung der Gewerkschaften. Also ungefähr das Programm von Henry Ford. Die Arbeiter sollen das aber erkaufen durch erhöhte Produktion, intensive Arbeit, Verzicht auf Sperre, Streik und Boykott. Cooperation, Interessengemeinschaft, das sind die Schlagworte, deren sich die Industriellen für ihr Programm bedienen. Sie glauben, daß damit der Industriefrieden garantiert bleibe, sich das Wort verwirkliche, das der britische Ministerpräsident Baldwin bei Abbruch der Bergarbeiteraussperrung mit heuchlerischer Miene ausgerufen hat: „Gib Frieden, o Herr, in unserer Zeit!“

Aller Wahrscheinlichkeit nach wird das Programm der von Sir Alfred Mond angeführten Industriellen ein frommer Wunsch bleiben, weil ihm die Mehrzahl der Kapitalisten nicht Folge leisten will oder kann. Die Bestrebungen der fortschrittlich gesinnten Industriellen werden auch deswegen ein schöner Traum bleiben, weil selbst eine rationalisierte Industrie in kapitalistischer Verfassung der Arbeiterschaft mit der einen Hand wieder nimmt, was sie ihr mit der andern gegeben hat.

Warum aber läßt sich denn der Generalrat des Gewerkschaftskongresses, die berufenen Führer der Arbeiter, von den Großindustriellen fördern? Warum bieten sie Hand zu dieser „Verständigung“, diesem faulen

Industriefrieden? Als Antwort wäre vorerst zu sagen, daß die Engländer im allgemeinen immer zu Unterhandlungen bereit sind, auch mitten im erbittertsten Kampfe. Der Weltkrieg liefert auch Beispiele dafür. Zudem ist in der britischen Industrie das Verhandlungs- und Schlichtungsverfahren nach verschiedenen Methoden ausgebaut worden, dem in der Hauptsache die freiwillige Uebereinkunft zugrunde liegt, und nicht der staatliche Zwang, wie das beispielsweise in Kanada und Australien und neuerdings in verstärktem Maße in Italien der Fall ist. Wenn der Generalrat der Gewerkschaften auf Verhandlungen mit den Unternehmern eingetreten ist, so war für ihn ausschlaggebend die Annahme, daß die englischen Gewerkschaften eine Atempause nötig haben. Es handelt sich also um Waffenstillstandsverhandlungen und nicht um einen Friedensschluß.

Nach den schweren Verlusten, die ihnen die Wirtschaftskrise, der Generalstreik und die Bergarbeiteraussperrung verursacht haben, sind die Gewerkschaften zu einer weit ausholenden Offensive gegenwärtig unfähig. Sie haben jetzt eine Atempause, einen Waffenstillstand nötig. Kommt dazu, daß innerhalb der Gewerkschaftsführung die konservativen und kompromißfreundlichen Elemente wieder die Oberhand gewonnen haben, nachdem die kampflustigen Führer in der vergangenen großen Streikperiode nicht immer geschickt und klug operiert haben. Wie bei den Industriellen, hat sich auch im Generalrat der Gewerkschaften die Einsicht durchgerungen, daß die englische Industrie in ihrer gegenwärtigen, stark rückständigen Verfassung den Arbeitern einen höhern Lebensstandard nicht gewährleisten könne. Alles das hat den Weg zum Verhandlungstisch erleichtert. Natürlich sind diese Waffenstillstandsverhandlungen, und nur um solche handelt es sich, mit nicht zu unterschätzenden Gefahren für die gesamte Arbeiterschaft verbunden. Was dann, wenn die Gewerkschafter dem Rationalisierungsprogramm zustimmen, in der Praxis die Unternehmer alle Vorteile, die Arbeiter dagegen alle Nachteile tragen? Es wäre nicht das erste Mal, daß die englische Arbeiterschaft derart betrogen worden ist. Lloyd George ist ein Meister in dieser „Vermittlerkunst“. Die Früchte der Rationalisierung werden für die Arbeiter ohnehin hoch hängen, weil das Gedeihen der britischen Industrie noch von Faktoren bedingt ist, die nicht in der Macht der Engländer stehen. Wenn die englische Arbeiterschaft es nicht versteht, ihre politische Macht in die Wagschale zu werfen, wird sie in den Unterhandlungen mit den Unternehmern sicher den kürzern ziehen. Aber selbst eine kapitalistisch-rationalisierte Industrie wird doch die Lohnsklaverei nicht aufheben, weil sie auch das arbeitslose Einkommen nicht abschaffen wird. Solange nicht der ganze Arbeitsertrag der Gesamtheit zukommt, hat die sozialistische Arbeiterschaft ihre Ziele nicht erreicht. Sozialisierung, und nicht Rationalisierung, muß die Endzielsetzung auch der gewerkschaftlichen Aktion sein. Aber der Weg zur Sozialisierung führt über die Rationalisierung, sagen die englischen Gewerkschaftsführer. Und in der Tat ist es auch so. Gegenwärtig kann nur die Rationalisierung, also die Modernisierung der englischen Wirtschaft, die Wunden der Wirtschaftskrise und der vergangenen

sozialen Kämpfe heilen. Die englischen Gewerkschaften bedürfen einer Ruhepause, um sich von den Anstrengungen und den Verlusten der letzten Jahre erholen zu können. Wenn man Reden und Äußerungen liest, mit denen prominente englische Gewerkschaftsführer die gegenwärtigen Waffenstillstandsverhandlungen begrüßen, so kann man allerdings leicht den Eindruck bekommen, als ob diese Vertrauensleute den Klassenkampf und den Sozialismus abgeschworen hätten, als ob die höhern Ziele und Zwecke der Arbeiterbewegung preisgegeben würden um das Einsengericht der Vorteile der Rationalisierung. In einigen dieser Köpfe spukt der Pazifismus, verschleiern die Spinnfäden der Klassenharmonie den Ausblick, hat die Nachäffung der Völkerbundsmethoden den Sinn für die Realitäten des Lebens verblaßt.

Noch hat die englische Arbeiterschaft ihr letztes Wort zu den Verhandlungen nicht gesprochen und noch sind die Bedingungen der Waffenruhe nicht bekannt und noch weniger anerkannt. Daß sich das britische Proletariat den Industriellen um Sir Mond mit Haut und Haaren verschreiben wird, zu dieser Befürchtung ist wirklich kein Anlaß. Dagegen spricht die bisherige Geschichte der englischen Arbeiterbewegung und gerade auch der letzten Jahre. Die durch die Verhältnisse bedingte Waffenruhe wird bald wieder einem leidenschaftlichen Kampfe weichen müssen. Dafür sorgen die kapitalistische Entwicklung und die Klassenkampfinstinkte, die in der englischen Bourgeoisie ausgeprägt sind. Wenn jetzt auch die „besonnenen, vernünftigen und staatsmännisch veranlagten“ Gewerkschaftsführer im Bühnenlicht erscheinen, hinter den Kulissen schmieden die Haudegen und Draufgänger die Rüstungen, deren das englische Proletariat bedarf, wenn es den Kampf mit dem Unternehmertum wieder mit gezückten Waffen aufnehmen wird. Gegenwärtig sind die Gewerkschaften in der Defensive. Die Verhältnisse innerhalb und außerhalb der Arbeiterbewegung zwingen sie dazu. Den offensiven Stoß muß jetzt die britische Arbeiterklasse mit dem politischen Arm führen. Die nächsten Parlamentswahlen werden dafür Anlaß bieten.

Für das Schwurgericht.

Von Dr. Fritz Marbach.

„Als unsere Vorfahren noch im Teiche herumschwammen, war unsere Lunge, die wir heute zum Atmen brauchen, eine Schwimmblase, und später, als unsere Vorfahren bereits auf Bäumen lebten, waren unsere Hände, mit denen wir heute Hammer, Griffel, Art und Schwert fassen, zum Klettern da. So ändert sich die Funktion unserer Organe und ebenso ändert sich der Sinn unserer Institutionen.“ (Nicolai, Biologie des Krieges.) Mutmaßlicherweise befindet sich irgendwo zwischen dem Schwimmen im Teich und dem Klettern auf den Bäumen ein Schnittpunkt von Ursachenbündeln, der zum Schicksal der Menschheit wurde: der Uebergang vom Einzeldasein zum Gemeinschaftsdasein. Dort, wo